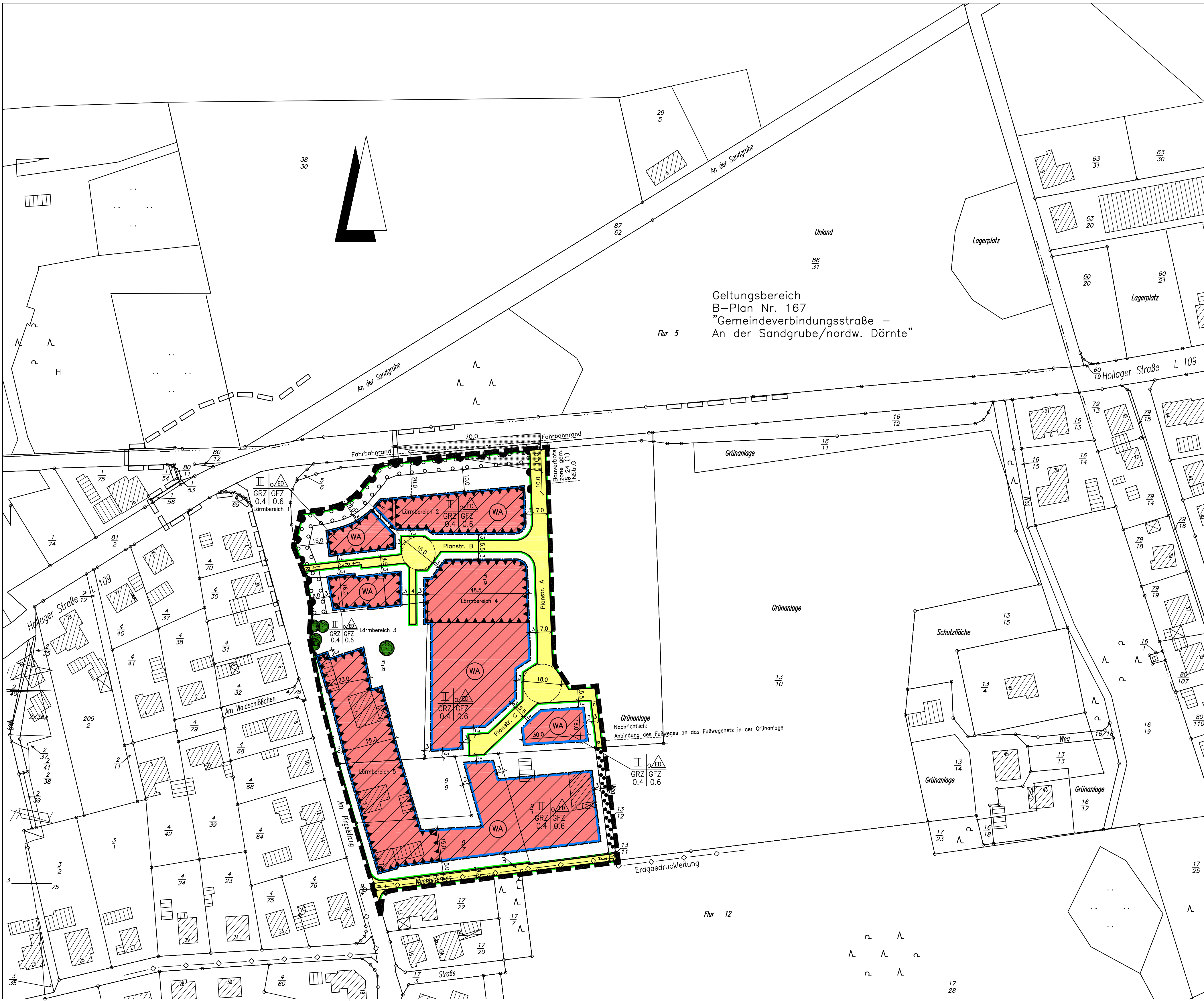


GEMEINDE WALLENHORST

BEBAUUNGSPLAN NR. 196

”ZWISCHEN HOLLAGER STRASSE UND WACHOLDERWEG”



Planzeichenerklärung	
Gemäß Planzeichenverordnung 1990 v. 18. Dez. 1990 (BGBl. I, S. 58) und der Bauordnungsverordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990, zuletzt geändert durch das Gesetz v. 22. April 1993 (BGBl. I, S. 466).	
I. BESTANDSANGABEN	
----- Gemarkungsgrenze	
----- Flurgrenze	
----- Flurstücks- bzw. Eigentumsgrenze mit Grenzmaß	
55 ----- Höhenlinien mit Höhenangaben über HN	
12 ----- Flurstücksnummer	
Im übrigen wird auf die Planzeichenvorschrift DIN 18702 für großmaßstäbliche Karten und Pläne verwiesen	
II. FESTSETZUNGEN DES BEBAUUNGSPLANES	
ART DER BAULICHEN NUTZUNG (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)	
(NO) Überbaubarer Bereich	
(NO) Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNO	
(NO) nicht überbaubarer Bereich	
MASS DER BAULICHEN NUTZUNG, BAUWEISE, BAULINIE, BAUGRENZEN (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, i.V.m. § 16 BauNO)	
I, II usw. Zahl der Vollgeschosse (Höchstmaß)	
GRZ Grundflächenzahl gem. § 19 BauNO	
GFZ Geschosflächenzahl gem. § 20 BauNO	
o offene Bauweise gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 u. § 23 BauNO	
ED nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig	
Baugrenze	
VERKEHRSFLÄCHEN (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 u. Abs. 6 BauGB)	
Straßenverkehrsfläche	
Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung	
F Fußgängerbereich	
F + R Fuß- und Radweg	
Bereich ohne Ein- und Ausfahrt	
Fußweg, Fahrrecht für Anlieger	
Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)	
unterirdisch	
PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 u. Abs. 6 BauGB)	
Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)	
Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)	
zu erhaltende Einzelbäume gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB	
SONSTIGE PLANZEICHEN	
Leitungsrecht/Leitungsträger	
Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schäd. Umwelteinwirkungen i.S.d. Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 11 Text.Fests.)	
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (gem. § 9 Abs. 7 BauGB)	
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne	
PLANZEICHEN ERGÄNZEND ZUR PLANZEICHENVERORDNUNG	
Sichtdreiecke für Straßenkreuzungen gem. RAS-K von ständigen Sichthindernissen freizuhalten Flächen zwischen 0,80m und 2,50m oberhalb Fahrbahnoberkante (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB)	
TEXTUELLE FESTSETZUNGEN	
A. Planungsrechtliche Festsetzungen	
§ 1 Gebäudehöhen	
Der Bezugshöhepunkt zur Bestimmung der Höhe des fertigen Erdgeschoßfußbodens ist der Schnittpunkt der Mittellinie der erschließenden öffentlichen Verkehrsfläche – OK fertige Straßenoberfläche – mit der verlängerten, senkrecht zur öffentlichen Verkehrsfläche verlaufenden Mittellinie des jeweiligen Baugrundstücks (Grundstücksachse).	
Höhe des fertigen Erdgeschoßfußbodens	
Die Höhe des fertigen Erdgeschoßfußbodens darf, gemessen von der Oberkante Mitte fertiger Straße bis zur Oberkante des fertigen Erdgeschoßfußbodens in der Mitte des Gebäudes 0,5 m nicht überschreiten.	
Traufenhöhe	
Die Traufenhöhe der Gebäude darf, gemessen von der OK, des fertigen Erdgeschoßfußbodens bis zum Schnittpunkt der Außenkante des aufgehenden Außenmauerwerks mit der Oberkante der Dachhaut, 3,80 m nicht überschreiten. Sofern vorhandene Gebäude zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bebauungsplanes dieses Maß bereits überschreiten, ist bei Neuerrichtung bzw. Erweiterung der Gebäude als Ausnahme gem. § 31(1) BauGB eine Überschreitung der festgesetzten Traufenhöhe bis zu dem Maß der vorliegenden Überschreitung zulässig.	
Firsthöhe	
Die Firsthöhe darf – gemessen von der OK, des fertigen Erdgeschoßfußbodens bis zur Oberkante First – höchstens 10,0 m nicht überschreiten. Sofern vorhandene Gebäude zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bebauungsplanes dieses Maß bereits überschreiten, ist bei Neuerrichtung bzw. Erweiterung der Gebäude als Ausnahme gem. § 31(1) BauGB eine Überschreitung der festgesetzten Firsthöhe bis zu dem Maß der vorliegenden Überschreitung zulässig.	
§ 2 Grundflächenzahl (gem. § 19 (4) BauNO)	
a) Bei der Ermittlung der Grundfläche sind die Grundflächen von	
1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,	
2. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNO,	
3. baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird,	
mitzurechnen und dürfen insgesamt mit den übrigen baulichen Anlagen auf dem Grundstück die in der Planzeichnung festgesetzte Grundflächenzahl mit Ausnahme der nachfolgend genannten Voraussetzungen nicht überschreiten.	
Eine Überschreitung der Grundflächenzahl von 0,4 auf 0,5 durch die Flächen von Stellplätzen und Zufahrten ist dann zulässig, wenn diese mit wasserundurchlässigen Materialien wie Rasengittersteinen, breitflügig verlegtem Rasenpflaster o. ä. befestigt werden. Der Anteil der nicht versiegelten Fläche (Fugenanteil) auf diesen Stellplatzanlagen und Zufahrten muß mindestens 25 % betragen.	
§ 3 Mindestgröße der Baugrundstücke	
Die Mindestgröße der Baugrundstücke muß gem. § 9 (1) Nr. 3 BauGB 400 qm betragen.	
§ 4 Zahl der zulässigen Wohnungen	
Gem. § 9 (1) Nr. 6 BauGB sind pro Wohngebäude nur maximal 2 Wohnungen zulässig. Bei Doppelhäusern ist je Doppelhaushälfte nur 1 Wohnung zulässig.	

§ 5 Geschosflächenzahl	
Gem. § 20 (3) BauNO sind die Flächen von Aufenthaltsräumen in anderen Geschossen (Nicht-Vollgeschossen) einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppenhäuser und einschließlich ihrer Umfassungswände auf die max. zulässige GFZ anzurechnen.	
§ 6 Flächen für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB)	
Die innerhalb des Bebauungsplangebietes durch Planzeichen festgesetzten Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind entsprechend der potentiellen natürlichen Vegetation flächig zu bepflanzen. Eine Pflanzenliste ist der Begründung beizufügen. Innerhalb dieser Flächen sind Garagen und Stellplätze gem. § 12 BauNO und Nebenanlagen gem. § 14 (1) BauNO unzulässig.	
§ 7 Durchgrünung der Siedlungsbereiche (gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB)	
Auf den Baugrundstücken ist je angefangene 300 qm Grundstücksfläche ein Obstbaum alter Sorten oder alternativ ein hochstämmiger Laubbau zu pflanzen (s. Pflanzenliste in der Anlage dieser Begründung).	
§ 8 Begründung innerhalb öffentlicher Verkehrsflächen (gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB)	
Innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen ist mind. 1 hochstämmiger Laubbau je 300 qm Verkehrsfläche zu pflanzen (§ 9 (1) Nr. 11 i. V. mit Nr. 25a BauGB). Das Pflanzbeet muß mind. eine Fläche von 4 qm umfassen.	
§ 9 Versickerung von Oberflächenwasser	
Das als unbelastet geltende Niederschlagswasser aus der Dachflächenentwässerung und den befestigten Flächen auf den Baugrundstücken ist in auf den Baugrundstücken gelegenen Anlagen und dort oder von dort aus – zu versickern. Die ATV-Richtlinie 138 ist zu beachten. Sie sind an die Straßenentwässerung in Form eines Notüberlaufes anzuschließen. Eine Brauchwasserernutzung (z.B. Errichtung von Zisternen) ist zulässig.	
§ 10 Ausgleichsmaßnahmen/Erstmaßnahmen im Sinne des § 1a BauGB i.V.m. § 9 (1a) BauGB – Zuordnung und Kostenersatzung gem. § 135 a – c BauGB	
Mit der Aufstellung dieses Bebauungsplanes werden Eingriffe in den Naturhaushalt vorbereitet. Innerhalb des Plangebietes sind Ausgleichsmaßnahmen (öffentliche Grünflächen und öffentliche Maßnahmen für Naturschutzzwecke) festgesetzt. Desweiteren sind diesem Baugebiet externe Kompensationsmaßnahmen zugeordnet (siehe Festlegung in der Begründung).	
Die planungsrechtliche Absicherung dieser Flächen erfolgt in einer eigenständigen Flächennutzungsplanänderung. Die erstattungsfähigen Kosten für die Bereitstellung der Flächen und die Durchführung der Kompensationsmaßnahmen werden anteilig gem. der „Satzung zur Erhebung von Kostenersatzungsbeträgen nach § 135 c BauGB der Gemeinde Wallenhorst“ nach einem entsprechend der Satzung festgelegten Verteilungsschlüssel den einzelnen Baugrundstücken im Plangebiet zugeordnet. Ausgenommen von dieser Zuordnungsfestsetzung bleiben die zum Zeitpunkt der Bebauungsplanerstellung bereits bebauten Grundstücke innerhalb des Plangebietes.	
§ 11 Immissionschutz	
Aufgrund der unterschiedlichen Lärmbelastungen im Plangebiet sind 5 Lärmbereiche festgesetzt, denen unterschiedliche Lärmpegelbereiche gem. DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" zugeordnet sind. Für die Außenbereiche von Gebäuden oder Gebäudeteilen in den nicht nur zum vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen sind folgende Anforderungen nachzuweisen:	
Lärmbereich 1:	
– Nordfassade der Gebäude: Lärmpegelbereich IV (erf. R' w, res. = 40 dB)	
– Ost- und Westfassaden der Gebäude: Lärmpegelbereich III (erf. R' w, res. = 35 dB)	
– Südfassade der Gebäude: Lärmpegelbereich II (erf. R' w, res. = 30 dB)	
Lärmbereich 2:	
– Nord- und Westfassade der Gebäude: Lärmpegelbereich III (erf. R' w, res. = 35 dB)	
– Ostfassaden der Gebäude: Lärmpegelbereich II (erf. R' w, res. = 30 dB)	
Lärmbereich 3:	
– Nord- und Westfassade der Gebäude: Lärmpegelbereich III (erf. R' w, res. = 35 dB)	
– Südfassade der Gebäude: Lärmpegelbereich II (erf. R' w, res. = 30 dB)	
Lärmbereich 4:	
– Nordfassade der Gebäude: Lärmpegelbereich II (erf. R' w, res. = 30 dB)	
Lärmbereich 5:	
– Nord- und Westfassade der Gebäude: Lärmpegelbereich III (erf. R' w, res. = 35 dB)	
– Südfassade der Gebäude: Lärmpegelbereich II (erf. R' w, res. = 30 dB)	
Um für die bei Schlafräumen notwendige Belüftung zu sorgen, ist aus Gründen des Immissionschutzes an den Räumen mit einer Außenwand zu den genannten Gebäudeseiten bei Schlaf- und Kinderzimmern der Einbau von schallgedämmten Lüftern vorgeschrieben, sofern keine Lüftungsmöglichkeit über von der Lärmquelle abgewandte Fenster besteht. Gleiches gilt für Räume mit sauerstoffarmen Heizanlagen. Die Einhaltung der erforderlichen Schalldämmwerte ist bei der genehmigungs- oder anzeigepflichtigen Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden oder Gebäudeteilen nachzuweisen.	
§ 12 Verbot der Grundwasserentnahme	
Innerhalb des Plangebietes ist die Entnahme und die Freilegung von Grundwasser unzulässig (Festsetzung gem. § 9(1) Nr. 24 BauGB).	
B. Gestalterische Festsetzungen	
1. Dachformen, Dachneigungen, Dachaufbauten, –einschnitte und Frontspieße	
a) Die Bedachung der Gebäude muß mit geneigten Dächern erfolgen. Die zulässige Dachneigungsbandbreite beträgt zwischen 32° und 45°; Dachaufbauten sind von dieser Regelung ausgenommen.	
b) Dachaufbauten (Gauben), Dachzeinschnitte (Loggien) und Frontspieße sind zulässig. Ihre Gesamtgröße der Gebäudeseite darf 1/2 der jeweiligen Traufhöhe – gemessen in der senkrechten Ansicht – nicht überschreiten.	
Die Höhe der Dachaufbauten und –einschnitte sind auf 1,60 m, gemessen in der senkrechten Ansicht, zu begrenzen. Sie sind so zu errichten, daß	
– vom First und vom unteren Dachrand ein Mindestabstand von 1,0 m eingehalten wird.	
Frontspieße müssen ab dem EG mindestens 0,50 m aus dem Wandverlauf herausragen. Die Dachneigung der Frontspieße ist analog der Dachneigung des Hauptkörper auszuführen. Der Frontspieße sind so zu errichten, daß	
– vom First ein Mindestabstand von 1,0 m eingehalten wird.	
Pro Gebäudeseite sind max. drei Einzelgauben, oder ein Dachzeinschnitt (Loggia), oder ein Frontspieße zulässig.	
2. Garagen und Nebenanlagen	
Garagen und Nebenanlagen sind auch in Flachdachbauweise zulässig.	
3. Einfriedungen	
Die vor Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes im Plangebiet bereits bestehenden Einfriedungen bleiben von der nachstehenden Regelung unberührt. Einfriedungen sind als Mauern, Holz- und Metallzäune o. ä. sowie lebende Hecken zulässig.	
a) Lebende Hecken	
Lebende Hecken sind zur Einfriedung des Grundstücks bis zu einer Höhe von 1,80 m – gemessen von der OK, des gewachsenen Bodens auf dem Grundstück, auf dem die Hecke errichtet wird, bis zur OK, Hecke zulässig. An der Grundstücksecke, von der das Grundstück erschlossen wird, darf die Höhe der lebenden Hecke – gemessen von der OK, der Mitte der fertigen Straße – 0,80 m nicht überschreiten.	
b) Einfriedungen mit Zäunen aus Holz / Metall o.ä. und Mauern	
– Einfriedungen gegenüber öffentlichen Verkehrsflächen, Fußwegen und Stellplätzen	
Die Höhe der Einfriedung der Grundstücksecke, von der das Grundstück aus erschlossen wird, darf – gemessen von der OK, der fertigen Straßenoberfläche bis zur OK, der jeweiligen Einfriedung eine Höhe von 0,80 m nicht überschreiten.	

Die Höhe der Einfriedung gegenüber öffentlichen Verkehrsflächen, die nicht der Erschließung des Grundstücks dienen sowie gegenüber Fußwegen und Spielplätzen darf auf einer Länge von 10,00 m je Grundstücksecke eine Höhe von 1,80 m (gemessen von der OK, des gewachsenen Bodens auf dem Grundstück, auf dem die Einfriedung errichtet wird – Bezugshöhe gem. § 16 BauGB) nicht überschreiten.

Einfriedungen, die über das vorgenannte Längenmaß je Grundstücksecke hinausgehen, sind auf eine Höhe von 1,20 m zu begrenzen.

Einfriedungen mit Mauern, Zäunen o.ä. mit einer Höhe zwischen 1,20 m und 1,80 m sind generell gegenüber öffentlichen Flächen (Straßen, Fußwege, Spielplätze etc.) abzutrennen. Sie sind auf den Grundstücken so zu errichten, daß Befestigungsmaßnahmen und Benutzungen nach auf den privaten Grundstücksflächen durchgeführt werden können. Diese sind von den Eigentümern dauerhaft zu erhalten und bei Abgängen zu erneuern.

– Einfriedungen zwischen privaten Grundstücksflächen

Einfriedungen zwischen privaten Grundstücksflächen dürfen je Grundstück auf einer Länge von max. 10,00 m (gemessen von der OK, des gewachsenen Bodens auf dem Grundstück, auf dem die Einfriedung errichtet wird – Bezugshöhe gem. § 16 BauGB) eine Gesamthöhe von 1,80 m nicht überschreiten.

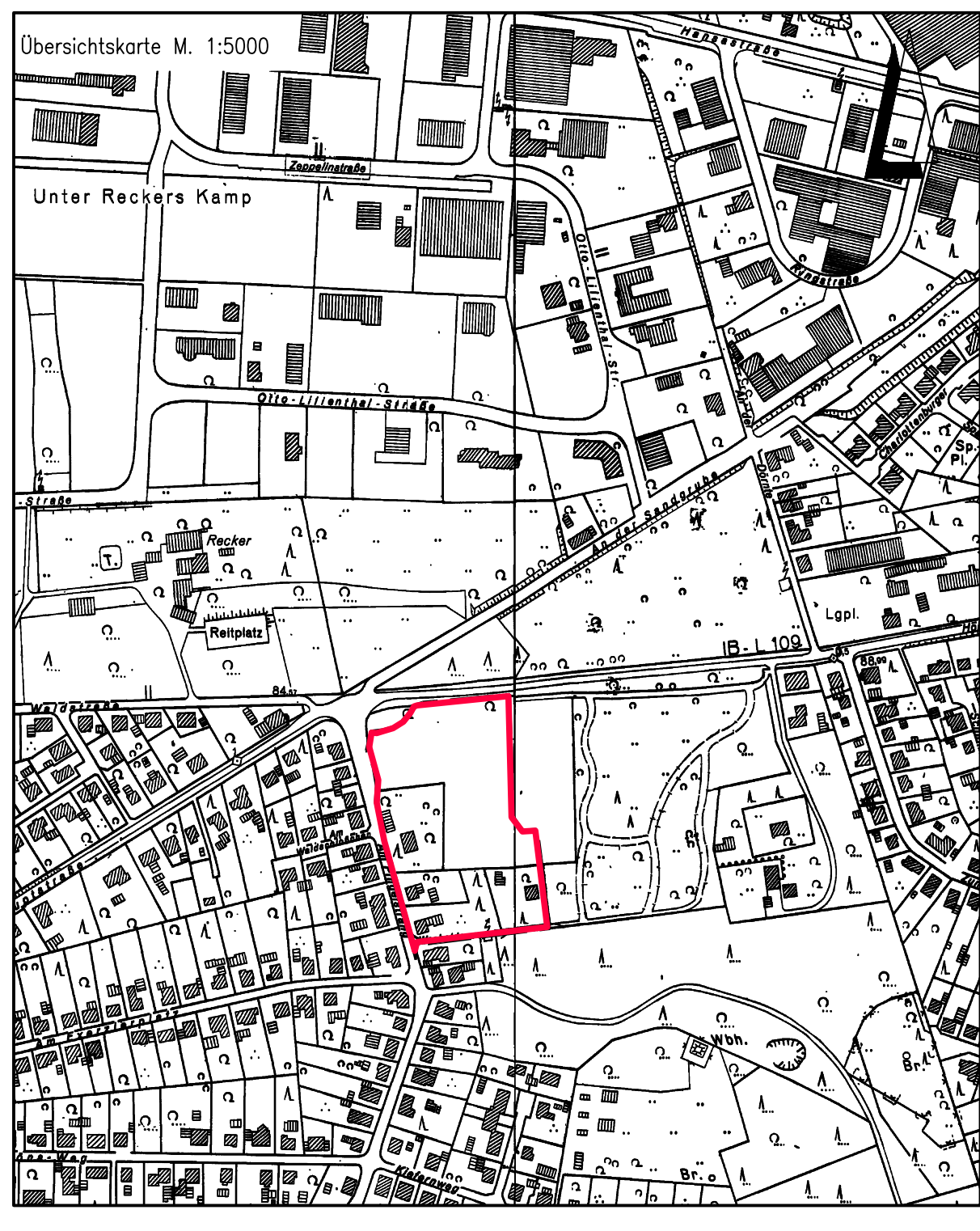
Einfriedungen, die über das vorgenannte Längenmaß hinausgehen, sind auf eine Höhe von maximal 1,20 m zu begrenzen.

C. Hinweis

- Im Abstand von 20 m vom befestigten Fahrbahnrand der Landesstraße 109 dürfen außerhalb der Ortsdurchfahrt Werbeanlagen im Blickfeld zur Straße nicht errichtet werden (§24 (1) NSVG). In einem Abstand von 20 m – 40 m bedarf die Baugenehmigung für die Errichtung von Werbeanlagen der vorherigen Zustimmung der Straßenbaubehörde (§24 (2) NSVG).
- Von der Landesstraße 109 gehen erhebliche Emissionen aus. Für die neuen geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden.
- Die Anwohner an den untergeordneten Stichstraßen im Plangebiet sind gehalten, den Zeitpunkt der Abholung im Einmündungsbereich der Planstraße A, im Bereich des Wendepunktes (Planstr. A) bzw. an der Gemeindestraße „Am Fingelstrang“ aufzustellen.

Präambel und Ausfertigung	
Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 56, 97 und 98 der Niedersächsischen Bauordnung und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Wallenhorst diesen Bebauungsplan Nr. 196 „Zwischen Hollager Straße und Wacholderweg“ bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden/nebenstehenden/obenstehenden textlichen Festsetzungen sowie den nachstehenden/nebenstehenden/obenstehenden örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, als Satzung beschlossen:	
Wallenhorst, den 25.10.2000	gez. U. Belde Bürgermeister
Verfahrensvermerke Aufstellungsbeschuß	
Der Rat/Verwaltungsausschuß der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 15.09.1998 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 196 beschlossen. Der Aufstellungsbeschuß ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 25.11.1998 ortsüblich bekanntgemacht.	
Wallenhorst, den 25.10.2000	gez. U. Belde Bürgermeister
Planunterlagen	
Kartengrundlage: Liegenschaftskarte L4-2106/1998 Liegenschaftskarte: Hollage Flur 12 Maßstab: 1:1.000	
Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet (§ 13 Abs. 4 des Niedersächsischen Vermessungs- und Katastergesetzes vom 2.7.1985, Nds. OVBG, S. 187, geändert durch Gesetz vom 11.07.1994 (Nds. OVBG, S. 300). Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weisen die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 02.12.1998). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.	
Osnabrück, den 14.09.2000	gez. i. A. Ritterhoff Katasteramt Osnabrück (Siegel) (Unterschrift)
Öffentliche Auslegung	
Der Verwaltungsausschuß der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 09.02.1999 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.	
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 17.08.1999 ortsüblich bekanntgemacht.	
Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 03.09.1999 bis 04.10.1999 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.	
Wallenhorst, den 25.10.2000	gez. U. Belde Bürgermeister
Erneute öffentliche Auslegung (mit Einschränkung)	
Der Verwaltungsausschuß der Gemeinde hat in seiner Sitzung am – 09.11.1999 dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die erneute öffentliche Auslegung mit Einschränkung gemäß § 3 Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz BauGB i. V. m. § 3 (3) Satz 2 BauGB beschlossen.	
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 10.12.1999 ortsüblich bekanntgemacht.	
Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 28.12.1999 bis 11.01.2000 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.	
Wallenhorst, den 25.10.2000	gez. U. Belde Bürgermeister
Satzungsbeschuß	
Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 17.02.2000 als Satzung (§10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.	
Wallenhorst, den 25.10.2000	gez. U. Belde Bürgermeister

Inkrafttreten	
Der Satzungsbeschuß über den Bebauungsplan Nr. 196 ist gemäß § 10 (3) BauGB am 30.11.2000 im Amtsblatt f.d. Landkreis Osnabrück bekanntgemacht worden.	
Wallenhorst, den 04.01.2001	gez. U. Belde Bürgermeister
Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften	
Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.	
Wallenhorst, den 15.01.2002	gez. U. Belde Bürgermeister
Mängel und Abwägung	
Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.	
Wallenhorst, den	Bürgermeister



Entwurfsbearbeitung:	
INGENIEUR PLANUNG Lubenau, Wilschke + Partner GbR Otto-Lilienthal-Straße 13, 49134 Wallenhorst Telefon 05407/8 80-0 Fax 05407/8 80-88	
198012BP	Datum
bearbeitet	15.03.1999
gezeichnet	15.03.1999
geprüft	17.02.2000
freigegeben	17.02.2000
Wallenhorst, den 17.02.2000	gez. Eversmann
GEMEINDE WALLENHORST	
BEBAUUNGSPLAN NR. 196	
"Zwischen Hollager Straße und Wacholderweg"	
mit Örtlichen Bauvorschriften	
Bebauungsplan	Maßstab 1 : 1000
Unterlage : 1	Blatt Nr. : 1(1)